

## **Entschließungsantrag**

der Bundesrät\*innen Korinna Schumann, MMag. Dr. Karl-Arthur Arlamovsky, Dominik Reisinger,  
Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Freiräume für Jugendliche**

*eingebraucht im Zuge der Debatte betreffend den Beschluss des Nationalrates vom 7. Juli 2021 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch, die Strafprozeßordnung 1975, das Strafvollzugsgesetz und das Gerichtsorganisationsgesetz zur Bekämpfung von Terror geändert werden (Terror-Bekämpfungsgesetz – TeBG) (849 d.B. und 977 d.B.)*

Die Corona-Pandemie betraf alle gesellschaftlichen Gruppen in einem über die Grenzen erträglichen Maß. Einsamkeit, der Verlust sozialer Kontakte, das fehlende, häufig strukturgebende soziale Netz und das Abhandenkommen geregelter Tagesabläufe sowie die Vermischung von privater mit dienstlicher Zeit standen für viele Menschen auf der Tagesordnung.

Besonders betroffen waren dabei mit Sicherheit die vulnerablen Gruppen, wie beispielsweise Menschen in Pflege- oder Altenheimen, die wochenlang kaum Kontakt mit der Außenwelt haben konnten. Oder aber auch junge Menschen, die auf Grund der von der Regierung verhängten Lockdowns in ihren Wohnbereich zurückgedrängt und in vielen Fällen mit viel zu wenig Platz, unzureichender Ausstattung für die Erreichung von Lernzielen in Homeschooling und Distancelearning allein gelassen und von ihren Freund\*innen getrennt wurden. Fehlender Lernerfolg, das Fehlen von Erfahrungen im universitären Kontext, oder das Scheitern der Lehrausbildung beispielsweise in der Gastronomie waren dabei weitere Begleiterscheinungen.

Gerade nach einer Zeit derartiger Entbehungen ist es nachvollziehbar, dass mit dem Ende der pandemiebedingten Schließungen, der Wunsch, sich zu treffen, gemeinsam etwas zu unternehmen und zu feiern, groß ist. Dass dieser Umstand zu Konflikten führen und Reibung verursachen kann, wurde in zwei Fällen besonders deutlich: einerseits in der Nacht vom 5. Juni 2021, in der die Polizei nach einem von vielen Menschen als überbordend empfundenen Polizeieinsatz gegen feiernde Jugendliche ein Platzverbot erließ, das kurz darauf wieder aufgehoben wurde<sup>1</sup>. Und andererseits am 22. Juni 2021 nach 21.30 Uhr abends, als der Innenminister selbst die Polizei in den Stadtpark rief, weil rund 300 junge Menschen dort zusammensaßen und feierten, wie der Falter berichtete<sup>2</sup>.

Beide Vorfälle zeigen, dass auf Grund großer Verunsicherung einerseits und dem Bedürfnis zu feiern andererseits Konfliktsituationen entstehen, die entweder eskalieren – wie am Karlsplatz – oder zu einem Einsatz führen, der sich letztlich als nicht notwendig herausstellt – wie im Stadtpark. Ebenso zeigt sich aber auch, dass (junge) Menschen Platz brauchen, Freiräume, in denen sie sich wohlfühlen, die notwendige Infrastruktur vorfinden, die sie brauchen und nicht an Konsumzwang gebunden sind. Öffentlicher Raum, in dem man sich begegnen und miteinander in Kontakt kommen und eine gute Zeit verbringen kann.

<sup>1</sup> <https://wien.orf.at/stories/3107075/>

<sup>2</sup> <https://www.falter.at/zeitung/20210624/karl-nehammer-stadtparkwaechter?ref=homepage>


Wien zeigt hier mit zahlreichen Maßnahmen, von kostenfreien Trinkbrunnen über öffentliche WCs, Sitzgelegenheiten oder aber auch einer adäquaten Beleuchtung in Parks, wie es gehen kann und setzt zudem auf Sensibilisierung auf allen Ebenen sowie begleitende Konzepte, um Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen. Diese Politik der Verantwortung und des guten Miteinanders im öffentlichen Raum ist beispielgebend und soll auch von Seiten der Bundesregierung forciert werden.


Daher stellen die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte folgenden


### Entschließungsantrag


Der Bundesrat wolle beschließen:

*„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres und die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration im Bundeskanzleramt, wird aufgefordert, umgehend unter Einbeziehung von Stakeholdern aus dem Bereich der Jugendarbeit ein Konzept nach dem Vorbild der Stadt Wien für das gesamte Bundesgebiet zu entwickeln, das Freiräume für junge Menschen fördert und zugleich Leitlinien für den sensiblen und deeskalativen Umgang der Exekutive mit Jugendlichen, die sich im öffentlichen Raum treffen, vorsieht.“*

  
(REISINGER)

  
(GERDIEN ITSCH)

  
(SCHUMANN)

  
ARLANOVSKY

